

2 Textliche Festsetzungen (BauGB / BauNVO)

Art und Maß der baulichen Nutzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB:

- 2.1 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 11 Abs. 2 BauNVO gilt:

Innerhalb des Sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Bereich für Windenergieanlagen“ ist die Errichtung und Nutzung von Windenergieanlagen einschließlich zugehöriger Nebenanlagen zulässig.

- 2.2 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 Abs. 2 Nr. 1 und § 19 BauNVO gilt:

Die maximale Größe der Grundflächen ($GR_{max.}$) ist in der Planzeichnung bestimmt und bezieht sich auf die jeweiligen Flächen für Fundamente, Masten und Kranstellflächen. Die von den Rotorblättern überstrichene Fläche ist bei der Ermittlung der Grundfläche nicht mitzurechnen.

- 2.3 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO gilt:

Die maximale Nabenhöhe von Windenergieanlagen ($NH_{max.}$) beträgt 150 m über der natürlichen Geländeoberfläche.

- 2.4 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 14 und § 23 Abs. 5 BauNVO gilt:

Windenergieanlagen und Nebenanlagen i.S.d. § 14 BauNVO sind mit Ausnahme von Übergabe- und Trafostationen sowie von temporären Vormontage- und Lagerflächen nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

- 2.5 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB gilt:

Versorgungsleitungen zur Ableitung des erzeugten Windstroms sind nur als unterirdische Leitungen und Anlagen (Erdkabel) zulässig.

- 2.6 Gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BauGB gilt für die gekennzeichneten Vormontage- und Lagerflächen sowie für die Kranstellflächen:

- 2.6.1 Die Befestigung der Vormontage- und Lagerflächen ist gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 1 BauGB nur für die Dauer der Errichtung der jeweiligen Windenergieanlage zulässig. Anschließend sind die Flächen gemäß der vormaligen Nutzung zu entwickeln.

- 2.6.2 Die Befestigung der Kranstellflächen ist gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB nur bis zur erfolgten Demontage der jeweiligen Windenergieanlage zulässig. Anschließend sind die Flächen gemäß der vormaligen Nutzung zu entwickeln.

Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB:

- 2.7 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB:

Die im Bebauungsplan als Verkehrsflächen mit der besonderen Zweckbestimmung „Befestigter Feldweg (Bestand / Planung)“ festgesetzten Wege und Zufahrten sowie die Vormontage-, Lager- und Kranstellflächen sind in wasserdurchlässiger Weise als geschottete Flächen auszubilden.

3 Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (BauGB i.V.m HBO – integrierte Orts- und Gestaltungssatzung)

3.1 Gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 81 Abs. 1 Nr. 1 HBO gilt:

Bei der farblichen Gestaltung der Windtürme ist im unteren Bereich eine Grüntonabstufung nach dem CIELab-System nach DIN 6174 vorzunehmen.

4 Hinweise und nachrichtliche Übernahmen gemäß § 9 Abs. 6 BauGB

4.1 Wenn bei Erdarbeiten Bodendenkmäler bekannt werden, so ist dies dem Landesamt für Denkmalpflege, Archäologische Denkmalpflege, oder der Unteren Denkmalschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen (§ 20 HDSchG).

Verfahrensvermerke:

Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB wurde durch die Stadtverordnetenversammlung gefasst am

____.____.____

Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde ortsüblich bekanntgemacht am

____.____.____

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB wurde ortsüblich bekanntgemacht am

____.____.____

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte in der Zeit vom
bis einschließlich

____.____.____

____.____.____

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB wurde ortsüblich bekanntgemacht am

____.____.____

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte in der Zeit vom
bis einschließlich

____.____.____

____.____.____

Der Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB sowie § 5 HGO i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB und § 81 HBO erfolgte durch die Stadtverordnetenversammlung am

____.____.____

Die Bekanntmachungen erfolgten im _____.

Ausfertigungsvermerk:

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieses Bebauungsplanes mit den hierzu ergangenen Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten worden sind.

Wetter, den _____._____._____

Bürgermeister

Rechtskraftvermerk:

Der Bebauungsplan ist durch ortsübliche Bekanntmachung gem. § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft getreten am:

_____._____._____

Wetter, den _____._____._____

Bürgermeister